

Wofür haben wir uns eingesetzt Was haben wir erreicht

VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF - Die wichtigste Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine geregelte Kinderbetreuung. Dazu gehören auch die Ganztagsangebote der frühkindlichen Bildungseinrichtungen und Schulen. Nachdem auf unseren Antrag an allen Kindergärten zeitnah der Ganztagsbetrieb aufgenommen wurde, wird jetzt auch folgerichtig die Offene Ganztagschule im Sommer 2016 an der St. Johannes-Schule in Steinfeld und voraussichtlich zum Sommer 2017 auch an der St. Antoniuschule in Mühlen eingerichtet.

Die dringend benötigte und von der **UWG** beantragte Schulsozialarbeit (jetzt für ein Jahr an der Grundschule beschlossen) sollte bis zur Übernahme durch das Land von der Gemeinde Steinfeld übernommen werden.

Die **UWG** möchte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie den Bildungsbereich noch stärker unterstützen durch bedarfsgerechte Betreuung, Ausbau der Krippenplätze, Ganztagschule, Sprachförderung. Ebenso gehören dazu die Sport- und Jugendförderung und das Vorhalten ausreichender Freizeitangebote.

DEMOGRAFIE UND INKLUSION - Gleichzeitig sind auch die Herausforderungen des demografischen Wandels und der Inklusion in die Kommunalpolitik vor Ort mit einzubeziehen. Dazu gehören unter anderem allgemeine bedarfsgerechte Hilfen für Senioren im Alltag, Betreuungsangebote für ältere Menschen, Barrierefreiheit, altersgerechtes Wohnen, die ärztliche Versorgung, die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, Möglichkeiten der Naherholung sowie eine gute Nahversorgung vor Ort. Die Gesellschaft wird älter, deshalb wollen wir jetzt etwas tun und auch jetzt schon planen, um rechtzeitig darauf reagieren zu können.

JUGENDTREFF - Die Jugendarbeit ist für uns ein wichtiges Thema für die Freizeit und Feriengestaltung. Hierzu sind die verlässliche Arbeitszeit der Jugendpflegerin und die Öffnungszeiten des Jugendtreffs zu ändern.

EHRENAMT - Es gibt Aufgaben, die in einer Gemeinde ohne das Ehrenamt gar nicht bewältigt werden können. Auf unseren Antrag hin wurde die Ehrung für ehrenamtlich Tätige beschlossen, die sich zum Wohle des Gemeinwesens einsetzen.

Die Würdigung und Unterstützung lässt, wie in unserer Umfrage erkennbar, viel ‚Luft nach oben‘. Hierzu werden wir Maßnahmen benennen. Zur Umsetzung der Maßnahmen und Stärkung sind vor allem die Verwaltung und die Mehrheitsfraktion gefordert.

BAUGEBIETE - Durch die teilweise Umwandlung des Wohngebietes Wilkingshof in ein Kleingewerbegebiet blieben bezahlbare Bauplätze und auch die Attraktivität des Wohnumfeldes auf der Strecke. Die Bauplatzpreise wurden dabei von 59 €/m² (Wohnbau) auf 39 €/m² (Kleingewerbe) gesenkt. Die Kosten, die die Gemeinde zu tragen hat, betragen rund 1 Million Euro.

Wir sprechen uns gegen das in der Mühler Marsch liegende nasse, teils sumpfige Gelände als Baugebiet aus. Vorteilhaft wäre ein Baugebiet im Ortskern von Mühlen, das für die Bereitstellung als Bauplätze nicht teurer wäre.

Wir befürworten das neue Baugebiet mit bis zu 60 Bauplätzen an der Dammer Straße. Eine Gleichverteilung für Sozial- bzw. Mietwohnungen (je Bauplatz maximal zwei Wohneinheiten) wie von der **UWG** angestrebt, wurde nachrangig zum Eigenheimbau zugestimmt. Allerdings betragen die Baupreise für beide Baugebiete ca. 80 €/m².

In alten Siedlungen sollten zum Erhalt der Straßen Pflege- und Reparaturmaßnahmen im Sinne der Anwohner durchgeführt werden. Mit frühzeitigen Reparaturen sollen teure Neuausbauten verhindert werden. Das von uns geforderte Konzept zur frühzeitigen Erkennung und Behebung von Straßenschäden wurde abgelehnt.

Die beantragten Maßnahmen zur Verkehrssicherheit an der „Ziegelstraße“ und „Zur Schemder Bergmark“ wurden umgesetzt.

BÄDER - Der Bau eines Kombibades wurde 2006 vom Rat beschlossen - heute sind das Hallen- und das Freibad für rund 4 Millionen Euro teilsaniert. Weitere Maßnahmen zur Sanierung stehen an.

BLOCKHEIZKRAFTWERK - UWG-Vorschlag hätte dem Bürger über eine Million Euro erspart

Das Nahwärmenetz mit Blockheizkraftwerk ist grundsätzlich zu begrüßen. Nach einem Totalausfall vor über einem Jahr konnte es jetzt im Winter wieder in Betrieb genommen werden. Vorläufig ist von einem Gesamtschaden in Höhe von über 120.000 Euro auszugehen. Die Verwaltung geht davon aus, dass der Gemeinde der Schaden ersetzt wird. Ob dies so ist und wenn ja, in welcher Höhe, ist nicht bekannt. Bei der von der **UWG** favorisierten und für den Bürger kostenfreien Lösung mit der RWE in 2008 wären dem Bürger über eine Million Euro erspart geblieben. Die Frage ist, wie geht diese endlose Geschichte weiter?

Unsere Kandidaten stellen sich vor



UWG



ein Schritt in die richtige Richtung!

Unsere Kandidaten zur Gemeinderatswahl

„Die langjährige Gemeindeentwicklung ohne Struktur kann nur durch Änderung der Mehrheitsverhältnisse beendet werden.“



Heinrich Luhr
63 Jahre
Dipl.-Elektroingenieur

„Ich stehe ein für Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“



Alwine Milke
35 Jahre
Raumausstatterin

„Werfen wir unser gutes Geld nicht dem schlechten hinterher. Fehlentscheidungen eingestehen, um zukunftsorientiert zu agieren!“



Guido Stötting
49 Jahre
MBA Dipl. Ingenieur (FH)

„Ich setze mich für die Belange der Kinder und Jugendlichen ein.“



Karl Maria Bünker
67 Jahre
Rektor a.D.

„Ich werde mich für eine sinnvolle nachhaltige Familienpolitik und einen schülergerechten Ausbau der Ganztagschule einsetzen.“



Melanie Schockemöhle
38 Jahre
Polizeibeamtin

„Für ein sicheres, zukunftsorientiertes und lebendiges Steinfeld“



Bernhard Zmijewski
57 Jahre
Polizeibeamter

„Wider der Diskussionsblockade! Mehr Transparenz! Mehr Ideen. Funktioniert nur mit mehr UWG im Rat.“



Christoph Schlarmann
46 Jahre
Dipl.-Informatiker

„Ich glaube, dass unsere Gemeinde Visionen braucht.“



David Beavan
57 Jahre
Kunstmaler

UWG macht sich Sorgen um den Ortskern – Wie soll sich Steinfeld weiter entwickeln?

Seit 2006 will die CDU den Ortskern beleben und die Planungen aktiv begleiten. Hierzu wurden 2011 und 2014 Gutachten für ca. 25.000 Euro in Auftrag gegeben, die nicht weiter verfolgt wurden bzw. wertlos waren. Sie sind mittlerweile still und heimlich im Aktenkeller verschwunden.

Konzepte mit Analysen und Handlungsempfehlungen, entwickelt von Studenten der Hochschule Wilhelmshaven, wurden den Ratsmitgliedern nicht bekannt gegeben.

Das dringende Vorhaben „Belebung des Ortskerns“ scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Mittlerweise stehen hunderte m² von Geschäftsflächen leer. Das Unternehmerforum in Steinfeld hat sich aufgelöst, weil alle Vorschläge zur wirtschaftlichen Belebung des Ortskerns von der Bürgermeisterin und der Mehrheitsfraktion nicht gewollt sind. Es fehlt nach wie vor ein klares Konzept. Für uns steht fest, die Bürgermeisterin und die CDU haben den Ort längst aufgegeben.

Wir fordern, wie auch in unserer Umfrage für den Ortskern gewünscht, eine familienfreundliche, bürgerorientierte Gemeinde zum Wohnen und Leben ohne Leerstand bei alten Häusern, wobei die Gemeinde junge Menschen beim Kauf alter Häuser unterstützt.

STEINFELD attraktiv und lebenswert gestalten

Wir müssen unseren Kindern eine lebenswerte Umwelt erhalten und uns auf Möglichkeiten einer effizienten, umweltschonenden Energienutzung einigen. Dazu gehören auch Fragen zum Umgang mit Flächenverbrauch, Landschaft und Energie sowie die Schonung von Ressourcen und die notwendigen Aufgaben zur Ortsentwicklung mit Erfassung und Nutzung vorhandener Baulücken.

Bei der Erhaltung von Natur und Umwelt im Einklang mit einer nachhaltigen Gemeindeentwicklung setzen wir weiter auf Ideen, Wünsche und Visionen von allen Bürgerinnen und Bürgern. Ein Rad- und Wanderwegekonzept wird jetzt landkreisweit umgesetzt.

Ein von der UWG beantragtes und von der Verwaltung zu erstellendes Ersatzflächenverzeichnis für die Gemeinde Steinfeld wurde abgelehnt. Die Renaturierung Riedenbach wurde von der Verwaltung ohne Beschluss gestrichen. Wir werden uns weiter für eine zukunftsweisende Gemeindeentwicklung einsetzen.

„Sehr viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ehrenamtlich für unsere Gemeinde. Die fehlende Unterstützung und der Mangel an Wertschätzung beeinträchtigen dieses freiwillige Handeln.“



Melanie Fischer
32 Jahre
Dipl. Finanzwirtin (FH)

„Ich setze mich für den Rettungsdienst und für die Belange der Feuerwehr ein.“



Christian Katzer
45 Jahre
Fachkraft für Arbeitssicherheit